

Im Falle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mk., durch die Post monatlich 8,25 Mk., vierteljährlich 24,75 Mk. einj. h. Zustellungsgebühr. Die Belegungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. In sämtlichen Zeitungsverzeichnissen unter Code-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der Code-Zeitung gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Zeitung

Sechshundertachtzigster Jahrgang.

Die 8 Spalten 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenbüros. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 10. Dr. Gumboldt, 17. Reben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postfach-Reise Leipzig Nr. 4604.

Nr. 204.

Halle, Dienstag, den 3. Mai 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Die Entscheidung auf heute vertagt.

Brind gibt den Mobilmachungsbefehl / Auch Oberschlesien soll besetzt werden / Die Vereinigten Staaten haben das Wort Eine neue Note an Harding.

Hinter den Kulissen in London.

Berlin, 3. Mai. Aus Paris über Genf wird uns durch unseren erst-Mitarbeiter gemeldet:

Was hat sich auf der Londoner Konferenz in den ersten drei Tagen wirklich ereignet? Die deutsche Öffentlichkeit ist wieder auf die gefärbten Nachrichten der alliierten Presse-Maschinerie angewiesen, und auch die wenigen deutschen Korrespondenten im Ausland sind gezwungen, aus dieser trüben Quelle zu schöpfen. Ihre Aufgabe besteht nun darin, nicht nur aus der einen Sprache in die andere, sondern auch von dem Standpunkt der „Sieger“ in den des Bergemächtigten zu übersetzen. Wenn z. B. das Haavasa-Büro bemerkt, Brinds Sprache ist so klar, daß er nahe daran ist, im Namen Frankreichs sich keine vollständige Handlungsfreiheit wiederzunehmen, so heißt das nichts anderes als die Entente ist im Gefahr, engültig in die Brüche zu gehen. So sah es tatsächlich die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische Truppen veranlaßt. Lloyd George erklärte, er habe seinen Kollegen im britischen Kabinett verprochen, den Einmarsch ins Ruhrgebiet ohne vorheriges Ultimatum an Deutschland nicht zu dulden. Er dachte dabei an eine dreitägige Beratung der alliierten Sachverständigen und an ein dreitägiges Ultimatum. Darob großes Halloh bei den Franzosen. Brind droht mit Abreise und Rücktritt. Beständig ging der Streit darüber, ob man über die Sanktionspolitik berate oder ob man wieder auf dem Boden des Verlaßter Vertrages stehe und von der Ausführung der Reparationskommission ausgehe: 132 Millionen. Lloyd George wandte grimmig ein, es liege ja noch keine Zahlungsmodalität vor. Erst wenn diese genannt sei und Deutschland sich fräube, könne man vorgehen. Ergebnis der ersten Beratung: null. Am Abend hatten sich die Gemüter abgekühlt. Man stellte die Köpfe in den Beratungskonferenzen des belgischen Ministers Japart. Ein achtstägiges Ultimatum, Frankreich dürfe aber sofort mobilisieren, um nach Ablauf der Frist sofort einrücken zu können. Auch eine Art Blockade deutscher Schiffshäfen wurde von Japart vorgelegt. Lloyd George schraubte. Die ganze Sache gehe nicht. Denn im Versailles-Vertrag stehe nichts von militärischen Sanktionen. Jetzt wagt Brind seine Trumpfsätze der vermeintlichen deutschen Abfertigung aus. Die Sanktionen seien schon dadurch gerechtfertigt, daß Deutschland nicht vollständig entwarf. Lloyd George nahm hier die Berliner Regierung in Schutz. Man könne diese nicht für den bayerischen Widerstand verantwortlich machen, und die Orgel sei nicht die Geschicht, die die Franzosen daraus machen. Wieder großer Streit, der zugunsten des englischen Standpunktes ausgegangen wäre, wenn nicht — und das ist vielleicht die bedauerlichste Erscheinung der Londoner Konferenz — Graf Sforza, der sich anfangs anscheinend den Lloyd-Georgischen Ultimatum anbeugeln wollte, plötzlich wieder an die Seite getreten wäre. Japart, so führt Graf Sforza aus, habe das größte Interesse an der Entlassung Bayerns. Hier trat die jüngsten Ereignisse in Aitol gemahnt. Die Iral der Umfassung ein! Die Außenminister der Alliierten mußten sich unter dem Vorhitz Lord Curzons zusammenziehen, um die Japartischen Vorschläge zu bearbeiten. Man regierte hin und her. Es kam zu keiner Einigung. Am Sonntagabend konfertierte Lloyd George noch einmal mit Brind und Bertelot, und herauskam auf dem Papier statt des Ultimatus eine Art Memorandum an Deutschland, die man als Note nach Berlin schicken will. Brind, obwohl er an dem Entwurf mitgeschaffen hat, protestiert und verlangt Ausföhrung seines Programms, das er, offenbar um sich selber Mut zu machen, jeden Morgen, ehe er zur Konferenz fährt, den Vertretern der Presse als Zeitungslutter vorlesen läßt. Das Programm ist nämlich das folgende: Man soll ausdenken läßt: Sofortige Mobilisierung, Einmarsch beim geringsten Anzeichen, daß Deutschland nicht sofort zahl und sofort entwarf (was ja ganz unmöglich ist)! Also Einmarsch auf jeden Fall. Unter den deutschen Vorschlägen, wenn solche noch zur Ergänzung der bisherigen kommen sollten, müßte sich befinden die uneingeschränkte Annahme der Forderungen von 132 Milliarden und der (noch gar nicht genannten) Zahlungsmodalitäten. Außerdem müßte Deutschland noch einmal ausdrücklich seine Kriegsverantwortlichkeit anerkennen. Die Absicht Brinds ist, dieses sein Programm auf irgend eine Weise in das endgültige Ultimatum einzuarbeiten, und er drängt auf Eile, weil er fürchtet, daß Amerika zuguteleht noch in die Verhandlungen der Londoner Konferenz eingreift. Die Annahme der Friedensentscheidung Knox im amerikanischen Senat kam der französischen Delegation in London zu rath, und gerade penliches Befremden hat bei den Franzosen aus Paris die Washingtoner Meldung erzeugt, daß ein Vertrag mit Deutschland in nächster Aussicht stehe und daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihre permissivende Tätigkeit auch dann nicht aufgeben werde, wenn der Einmarsch ins Ruhrgebiet Taktische werde. Der Widerstand gegen die überhandnehmenden französischen Ansprüche, den Lloyd George infolge des bedauerlichen Eingreifens des

Grafen Sforza leider schon nicht mehr leistet, wird jetzt erst durch einen bevorstehenden amerikanischen Schritt. Auf diesem Punkt äußerster Spannung steht zurzeit die Konferenz in London. Jede Stunde kann eine für Deutschland günstige, vielleicht schließlich doch die Ruhrgebietsbesetzung verhinndernde Wendung bringen.

Die Verhandlungen am Montag.

Hinsichtlich des Verlaufs der beiden Nachmittags-Sitzungen der Sachverständigen und des Obersten Rates ist man auf die gefärbten Nachrichten von Havas angewiesen, die natürlich nicht als einwandfrei betrachtet werden können. Diese Nachrichten stellen im allgemeinen die Lage so dar, als ob Brind in der Konferenz an Boden gewonnen habe. Doch aber tatsächlich eine Einigung noch nicht erfolgt ist, ergibt sich daraus, daß die Sitzung des Obersten Rates um 9 Uhr abens abgebrochen und auf heute, Dienstag, vormittag 10 Uhr vertagt worden ist.

Wie die Sonderberichterstattung feststellen, soll Lloyd George durch die von Brind am Schluß der gestrigen Abend-Sitzung gestellte Frage wegen des französischen Mobilisationsbefehls etwas überrascht gewesen sein. Brind habe aber geantwortet: Entweder ich werde mich mit Ihnen einigen und in diesem Fall wird mobilisiert, oder ich werde mich nicht mit Ihnen verständigen und in diesem Falle wird trotzdem mobilisiert. Es ist aber unmöglich, die Sache noch weiter hinauszuverschieben.

In der Nacht vom 3. auf den 4. Mai sind 10 Uhr telegraphische Instruktionen wegen der Mobilisierung nach Paris gegeben haben.

Die Bereitstellung der Einmarschstruppen

die mit eingeleitet sein. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ erzählt aus London, daß von seiten der militärischen Sachverständigen für die Besetzung des Ruhrgebietes zwei Pläne vorgelegt wurden. Der eine, der von dem belgischen Generalstabeschef stammt, fordert 30 000 Mann, das es nur nötig sein würde, die Eisenbahnen, die Bergwerke und die Fabriken zu besetzen. Der zweite Plan, der von dem französischen Generalstabeschef stammt, fordert dagegen zusammen 77 000 Mann, von welchen Frankreich selbst 65 000, Belgien 8 000 und England vielleicht 4 000 Mann zu stellen habe. Der französische Plan wurde angenommen, so daß auch England an der Besetzung teilnehmen wird.

Wie der „E.M.Z.“ meldet, werden in Düsseldorf für die Truppen, die ins Ruhrgebiet marschieren sollen, Wegweiser angebracht. Auch wurden hier bereits mehrere hundert Wohnungen für auf dem Durchmarsch befindliche französische Offiziere mit Beschlag belegt. Ferner erhielt die Stadt Düsseldorf den Befehl, für die französischen Besatzungstruppen sofort den Bau einer neuen Kaserne in Angriff zu nehmen.

Die Besetzung Oberschlesiens

scheint von den Franzosen ebenfalls in den Bereich der Möglichkeiten gezogen zu sein. Wie eine Berliner Korrespondenz aus angeblich zuverlässiger Prager Quelle hört, hat General Weggand in Prag und Belgrad wichtige Befehrsungen mit den Generalstäben der polnischen, tschechischen, jugoslawischen und rumänischen Armeen gehabt, die zur Festlegung eines Planes für den Fall, daß Polen und Tschechien sich aktiv an den Strafmaßnahmen gegen Deutschland beteiligen sollten. Man einigte sich über ein aktives Eingreifen und Zusammenwirken der Polen und Tschechen und über ein militärisch passives Verhalten der Rumänen und Jugoslawen. In Prag wurden dann die Einzelheiten des polnisch-tschechischen Zusammenwirkens berart geregelt, daß beide Teile zunächst nur Oberflächlich besetzt sollen, und zwar die Tschechen Glatz und Waldenburg, die Polen das Industriegebiet und die Kreise Rabnit und Wetz, die Franzosen dagegen das übrige Oberschlesien. Weitere Strafmaßnahmen betreffen einen Einmarsch bis zur Einie Wlitsch-Dels-Dobru-Straßen-Schneidnitz-Friedberg-Froschberg-Greifenberg-Seidenberg. Weitere Abmachungen wurden getroffen für den Fall, daß die Deutschen der Besetzung Oberschlesiens Widerstand entgegenstellen sollten.

Das Eingreifen Amerikas

ist immer noch nicht ganz sicher. Wie der „Matin“ aus London meldet, haben die Vorkämpfer Frankreichs und Englands in Washington mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten sehr klar die Ansicht ausgesprochen haben, es wäre besser, nicht zu militärischen Zwangsmassnahmen gegen Deutschland zu greifen. Brind werde vorgezogen, die Alliierten mögen den Vereinigten Staaten eine Note senden, um anzudeuten, die Entscheidungen des Obersten Rates mitteilen und die Forderung aussprechen, daß Amerika baldigst, nachdem der Friedenszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland hergestellt ist, an den Beratungen der Reparationskommission und des Obersten Rates teilzunehmen bereit sein werde. Lord d'Albarn habe gestern Abend gesagt: Nunmehr haben die Vereinigten Staaten das Wort. Durch sie kann Deutschland verpflichtet werden, sich zu fügen.

Die Entscheidung des nordamerikanischen Senats über den Friedensschluß mit Deutschland hat in Paris einen harten Eindruck gemacht. Das „Journal des Debats“ weist in einem ausführlichen Artikel besonders auf die Rede des Senators Lodge hin, woraus hervorgeht, daß man sich in Frankreich bisher falsche Illusionen über die neueste politische Richtung der Vereinigten Staaten gemacht habe. Die Rede lasse erkennen, daß die republikanische Partei in ihrer großen Mehrheit nichts von dem Versailles-Vertrag wissen wolle, auch wenn die Verfassung des Völkerverbundes von ihm abgetrennt würde.

Nach Feststellung des Friedenszustandes mit Deutschland werden die amerikanischen Truppen von Rhein zurückgezogen. „New York Herald“, der dem „Manchester Guardian“ zufolge jetzt auf Senatsrat die Regierung Brinds wegen ihrer Haltung in der Reparationsfrage und schreibt: Eine Nation, die weder verhandelt noch sich der anderen Partei bei deren Verdrücken zu einer Vermittlung anschließen will, fällt nicht unter das Begriffsermögen der Amerikaner. „Manchester Guardian“ schreibt zu dieser Auslassung des amerikanischen Blattes nur, diejenigen, die mit dem allgemeinen Ton der amerikanischen Presse seit dem Amtsantritt der neuen Regierung vertraut seien, könnten die Bedeutung einer solchen Ermahnung richtig einschätzen.

Die deutsche Regierung

soll, wie der „E.M.Z.“ hört, am Sonnabend eine erläuternde Auslegung der deutschen Vorschläge nach Washington angefordert haben, die sich mit der Höhe der angebotenen Summe, den Annuitäten und der Art der Distorsionierung befaßt. „Times“ melden aus New York vom 2. Mai:

Eine neue deutsche Note

ist heute morgen in Washington entworfen und dem Staatssekretär Hughes es nach dem Weihen Hause gebracht worden, um darüber mit dem Präsidenten zu beraten. Ueber die Einzelheiten der Note ist noch nichts bekannt, es verlautet aber, daß sie eine Annäherung an die Forderungen der Alliierten darstelle.

Einer Erhängemeldung aus Washington zufolge wird dort bestätigt, daß der Staatssekretär dem französischen Botschafter Jusserand mitgeteilt habe, daß sich die Vereinigten Staaten Maßnahmen widerleiten würden, die zur Vernichtung Deutschlands führen würden.

Wie die „B.Z.“ erzählt, ist der Inhaber der Berliner Kohlenhandlung Casar Wolkeim, Gesch. Kommerzienrat Eduard Arnholtz, nach London berufen worden. Der Zweck der Anwesenheit Geheimrat Arnholts in London soll den Vätern zufolge darin bestehen, den deutschen Botschafter in seinen Darlegungen über die Unteilbarkeit Oberschlesiens zu unterstützen.

„Daily Chronicle“ läßt sich aus Berlin melden: Es besteht Grund zu der Annahme, daß die deutsche Regierung unter dem Einfluß der deutschen Industrieagenten, die über die geplanten Zwangsmassnahmen sehr tiefen, einen Ultimatum der Alliierten entgegenstellen würde. Die Nachricht dürfte in dieser Form kaum zutreffen, denn gerade in den Kreisen der deutschen Großindustrie ist der Wunsch am meisten durchdrungen besonders deutlich ausgesprochen worden

Erste Lage in Oberschlesien.

Die Streiklage im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet hat sich bis in die Abendstunden hinein verschärft. Von 62 Gruben streiken 55. Nachmittags traten auch die Arbeiter der Gußhütte auf der Schlesiens-Grube in den Streik. Auf den übrigen Hütten wird gearbeitet. Es macht sich immer mehr bemerkbar, daß der Streik durch die bevorstehenden Nachrichten der „Berliner Zeitung“ verstärkt ist. Die zu den ersten Schichten erschienenen Arbeiter wurden unter Hinweis auf diese Nachrichten zum Streik aufgefordert und Arbeitswillige von der Arbeit ferngehalten. In Karl und Sobel wurden die Eisenbahnbeamten aus den Büros verjagt. Die Karser Beamten künftigen in die Nacharbeit Beuthen. Ua wurde beauftragt, die Bahnhöfe zu besetzen, jedoch in den Nachmittagsstunden der regelmäßige Zugverkehr wieder aufgenommen werden konnte. Im gesamten Gebiet beobachtet man hier und da Ansammlungen größeren Umfangs, doch ist es bisher nicht zu Ausschreitungen gekommen.

Da man auch in den Kreisen der interalliierten Kommission annimmt, daß es sich um einen politischen Streik handelt, der durch die bekannt gemordene angebliche Entführung über eine Teilung Oberschlesiens veranlaßt ist, werden die Angelegenheiten stattdessen, o r o t e n. U daß den Polen die Möglichkeit genommen ist, die für den Einmartsungstag an die polnische Konstitution vorgesehenen Freizug mit Ungehör zu veranlassen. Auf Veranlassung der interalliierten Kommission wurde in der Druckerei der Grenzzeitung und auf den Postämtern die Ausgabe des „Gonic

